

15. August 2022

**Projektleitung:** Jannis Bischof, Philipp Dörrenberg, Davud Rostam-Afschar, Dirk Simons & Johannes Voget

**unter Mitarbeit von:** Fabian Eble, Johannes Gaul, Christopher Karlsson, Tobias Kreuz, Yuhan Liu, Katharina Schmidt, Thomas Simon & Samhitha Srinivas  
*Universität Mannheim*

**TRR 266 Accounting for Transparency**

[www.accounting-for-transparency.de](http://www.accounting-for-transparency.de)

[www.gbpanel.org](http://www.gbpanel.org)

Die Daten des GBP zeigen im Juli eine weitere Eintrübung der Lage deutscher Unternehmen: Im Vergleich zum Vorjahr rechnen diese aktuell mit einem Rückgang ihrer Gewinne um durchschnittlich 9,8 %. In diesem angespannten Marktumfeld sind zum 15. Juni mit der Überbrückungshilfe IV die letzten Corona-Unterstützungsmaßnahmen ausgelaufen, obgleich die Sorge vor erneuten Einschränkungen durch die Pandemie hoch ist. Gleichzeitig werden Forderungen nach Hilfen im Zuge der Belastungen durch den Krieg in der Ukraine laut. Dabei zeigt sich hinsichtlich der Wirksamkeit bisheriger staatlicher Maßnahmen der Corona-Hilfe ein gemischtes Bild. Zwar hielten über 90 % der Befragten diese Maßnahmen für ausreichend. In den Krisenbranchen jedoch reichten die Hilfen für fast jedes zweite Unternehmen nicht. Sie leiden angesichts aufgebrauchter Reserven unter dem aktuellen Kostendruck in Folge steigender Energiepreise besonders.

### Die betriebswirtschaftlichen Erwartungen deutscher Unternehmen sinken im Juli weiter

Obwohl sich die Lage deutscher Unternehmen seit Ausbruch des Kriegs in der Ukraine bereits deutlich eingetrübt hat, verschlechtert sich im Juli die Stimmung bei Unternehmen in Deutschland weiterhin: **Abbildung 1** zeigt, dass diese zuletzt von einem Rückgang ihrer Gewinne um -9,8 % im Vergleich zum Vorjahr ausgehen. In der Jahresbetrachtung liegt nicht nur die erwartete Gewinnveränderung, sondern auch die Entwicklung der Investitionen auf einem Tiefststand: Aktuell wollen Unternehmen Investitionen um 5,5 % kürzen, während sie im Februar noch mit einer deutlichen Steigerung der Investitionen rechneten (+6,7 %).

Während die erwarteten Gewinn- und Investitionsänderungsraten damit deutlich im negativen Bereich liegen, rechnen Unternehmen in Deutschland auch im Juli noch mit steigenden Umsätzen im Vergleich zum Vorjahr.

Die hohe Differenz zwischen der Umsatz- und Gewinnveränderung verdeutlicht, dass die betriebswirtschaftliche Situation weiterhin durch einen starken Kostendruck belastet wird. Zur Abfederung gestiegener Energiekosten hat die Bundesregierung bereits ein Hilfsprogramm für energieintensive Industrien eingeleitet. Um die Ausgestaltung und Effektivität solcher und potenziell folgender Maßnahmen zu bewerten, eignet sich auch ein Rückblick auf die Hilfsprogramme der Corona-Krise, die zum 15. Juni ausgelaufen sind.

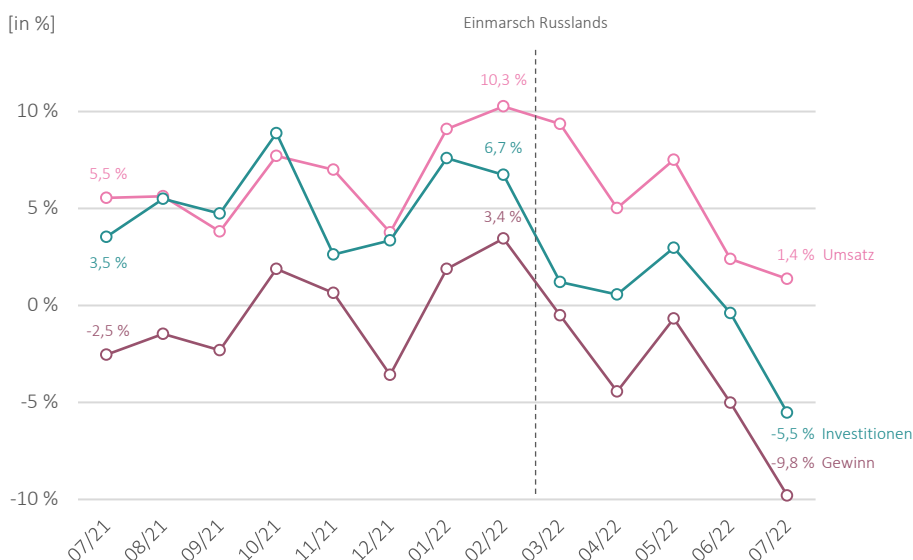


Abbildung 1

### Entwicklung der betriebswirtschaftlichen Kennzahlen im Jahresverlauf

Die Abbildung verdeutlicht einen weiteren starken Rückgang der betriebswirtschaftlichen Kennzahlen auf Jahrestiefststände. Während die erwarteten Umsätze zwar noch leicht in der Wachstumszone liegen, rechnen Unternehmen im Vergleich zum Vorjahr mit einem Rückgang von Investitionen und insbesondere mit niedrigeren Gewinnen. Die hohe Differenz zwischen Umsatz- und Gewinnerwartung ist mit dem aktuell ausgeprägten Kostendruck zu erklären.

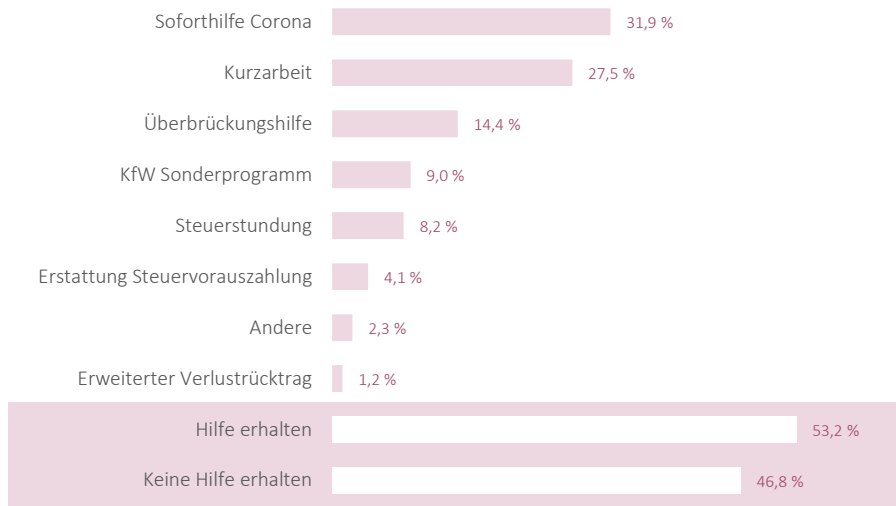


Abbildung 2

## Mehr als die Hälfte der Unternehmen hat Staatshilfen erhalten

Die Abbildung stellt dar, dass **mehr als 53 %** der Unternehmen in Deutschland zu irgendeinem Zeitpunkt im Verlauf der Corona-Krise staatliche Hilfen bezogen haben. Die unmittelbar zu Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020 eingeführte **Soforthilfe Corona** wurde dabei von **31,9 %** der befragten Unternehmen und damit am häufigsten nachgefragt.

Anteil an Unternehmen

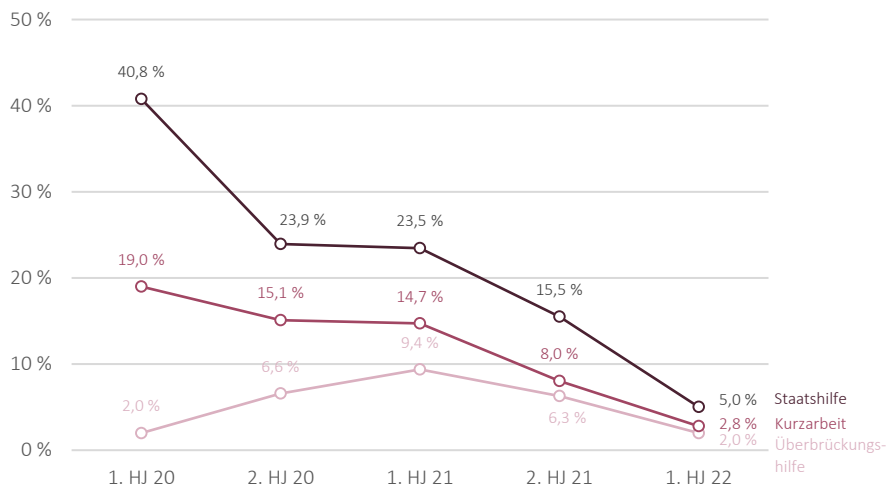


Abbildung 3

## Wann haben Unternehmen Staatshilfen beantragt?

Die Darstellung zeigt die Beantragung von Staatshilfen im Zeitverlauf und verdeutlicht, dass der Anteil an Unternehmen, die Staatshilfe angefordert haben, im Laufe der Pandemie abnimmt. Während bei Ausbruch der Pandemie im ersten Halbjahr (HJ) 2020 noch **mehr als 40 %** der Unternehmen Hilfen beantragt haben, gilt dies in der ersten Jahreshälfte 2022 **nur noch für 5 %**.

Anteil an Unternehmen

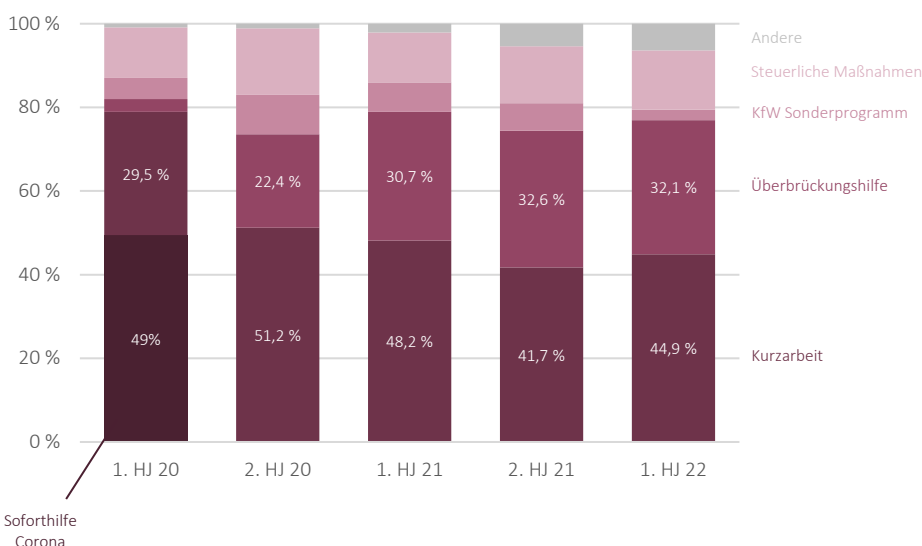
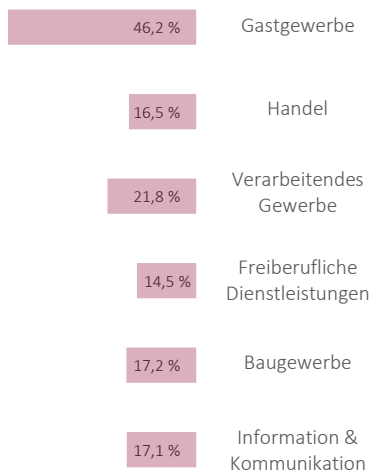


Abbildung 4

## Wie setzen sich die beantragten Hilfsmaßnahmen über die Phasen der Pandemie zusammen?

Die Abbildung gibt an, welchen Anteil die jeweiligen Maßnahmen an der Gesamtheit aller Hilfsanträge eines Halbjahrs haben. Bei Ausbruch der Pandemie betrafen **49 %** der beantragten Begünstigungen die **Soforthilfe Corona**. Nachdem diese Maßnahme bereits im ersten Halbjahr 2020 wieder eingestellt wurde, hat neben dem **Kurzarbeitergeld** die **Überbrückungshilfe** als Nachfolgeinstrument an Bedeutung gewonnen.

Anteil an Unternehmen, der Staatshilfen für nicht ausreichend hält



Anteil an Staatshilfe aufnehmender Unternehmen

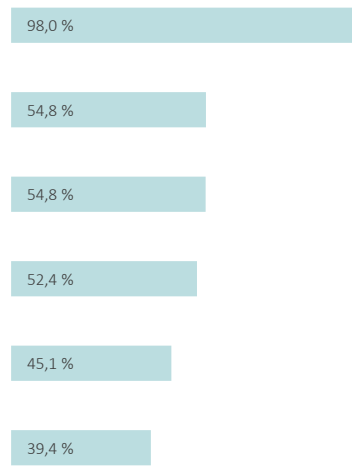


Abbildung 5

## Aufnahme von Staatshilfen und Bedarfsdeckung auf Industrieebene

Die Darstellung schlüsselt auf, welcher Anteil an Unternehmen innerhalb eines Wirtschaftszweigs Corona-Hilfen bezogen hat (in **mintgrün**) und welcher Anteil die staatlichen Hilfen nicht für ausreichend hält, um die Corona-Krise zu überstehen (in **rot**). Obwohl nahezu alle Unternehmen des Gastgewerbes im Zuge der in den Lockdowns verhängten Ladenschließungen die Förderung in Anspruch nahmen, wurde in diesem Wirtschaftszweig besonders oft der Bedarf an weiterer Unterstützung geäußert.

Anteil an Unternehmen, der Staatshilfen für nicht ausreichend hält [in %]

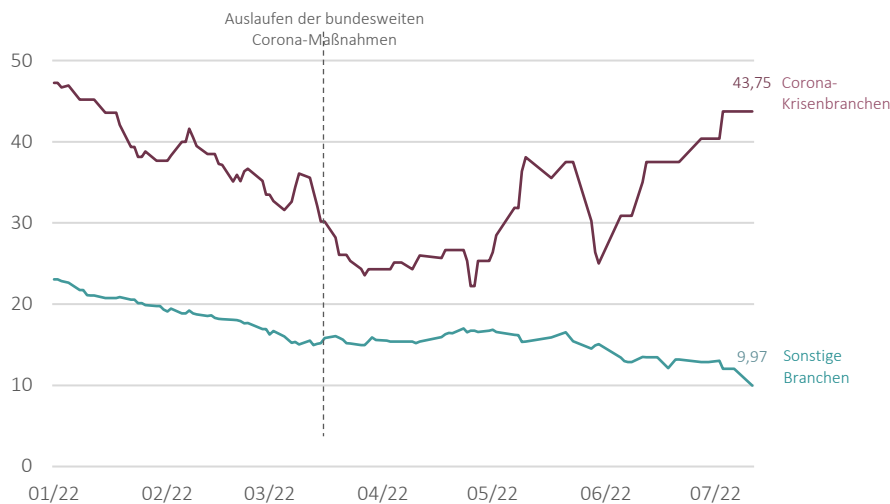


Abbildung 6

## Entwicklung der Bedarfsdeckung von Staatshilfen im Zeitverlauf

Die Darstellung zeigt den Anteil an Unternehmen seit Jahresbeginn, der die Staatshilfen für nicht ausreichend erachtet. Während der Bedarf nach Unterstützungsleistungen in den Krisenbranchen, die im Winter 2020/21 und Frühjahr 2021 von Geschäftsschließungen betroffen waren, angesichts steigender Kosten und der ausgelaufenen Corona-Hilfen zuletzt wieder angestiegen ist, ist der Bedarf außerhalb der Krisenbranchen seit Jahresbeginn kontinuierlich gesunken.

Entscheidungsplanung (Anteil in %)	Keine Staatshilfen beantragt	Staatshilfen beantragt & ausreichend	Staatshilfen beantragt & nicht ausreichend
Reduzierung von F&E	7,7	7,5	19,9
Reduzierung von Fixkosten	14,5	18,5	34,5
Erhöhung von Preisen	69,0	72,7	65,3
<b>Durchschnittliche Bewertung (Skala 0-10)</b>			
Zufriedenheit mit Wirtschaftspolitik	4,0	4,4	3,1
Zufriedenheit mit Corona-Politik	4,6	4,9	3,3

Tabelle 1

## Einfluss der Bedarfsdeckung auf Entscheidungsplanung und Zufriedenheit

Die Tabelle zeigt auf, welche Entscheidungen Unternehmen in Deutschland treffen und wie sie die deutsche Wirtschafts- sowie Corona-Politik bewerten – abhängig davon, ob sie im Laufe der Corona-Krise Staatshilfen erhalten haben und diese Leistungen für ausreichend halten, um den Fortbestand des Unternehmens zu sichern. Unternehmen, welche die Notwendigkeit zusätzlicher Hilfen bekunden, wollen im Vergleich zu Unternehmen mit ausreichender Unterstützung eher Ausgaben für Forschung und Entwicklung kürzen sowie Fixkosten reduzieren.

## **Mehr als jedes zweite Unternehmen in Deutschland wurde während der Corona-Krise durch den Staat finanziell unterstützt**

Seit Ausbruch der Corona-Krise hat die Bundesregierung eine Reihe von Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen angeboten, um die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie abzufedern. Das Angebot der Hilfsprogramme reichte dabei von steuerlichen Maßnahmen über Garantien und Bürgschaften bis zu finanziellen Hilfen, die als Kredit oder Kostenzuschuss gewährt wurden. Mit dem Ende des Förderzeitraums der Überbrückungshilfe IV am 15. Juni 2022 ist vor Kurzem das letzte spezielle Corona-Hilfsprogramm ausgelaufen.

**Abbildung 2** stellt dar, welcher Anteil der deutschen Unternehmen im Verlauf der Krise solche staatlichen Hilfen in Anspruch genommen hat. Insgesamt geben 53 % der Befragten an, während der Pandemie Unterstützungsleistungen erhalten zu haben. Die unmittelbar zu Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020 eingeführte Soforthilfe Corona wurde von 32 % der befragten Unternehmen und damit am häufigsten bezogen. Daneben haben während der Pandemie 28 % der Unternehmen Mitarbeiter in Kurzarbeit geschickt und ihre Lohnbelastung dadurch temporär reduziert. Die Überbrückungshilfe, welche die Soforthilfe ablöste, haben bis Juni 2022 14 % der Unternehmen beantragt. Während noch 9 % der Befragten von Schnellkrediten und Sonderkonditionen der deutschen Förderbank KfW profitiert haben, wurden steuerliche Hilfen seltener beansprucht.

## **Im ersten Halbjahr 2022 haben noch 5 % der Unternehmen Hilfen beantragt**

Wie sich der Anteil an Unternehmen, die staatliche Hilfen beziehen, im Verlauf der Pandemie entwickelt hat, ist in **Abbildung 3** dargestellt. Zunächst wird deutlich, dass der Anteil an Staatshilfe beantragenden Unternehmen im Laufe der Pandemie abnimmt. Während bei Ausbruch der Pandemie im ersten Halbjahr 2020 noch mehr als 40 % der Unternehmen Hilfe angefordert haben, gilt dies in der ersten Jahreshälfte 2022 nur noch für 5 %. Diese durchgängig rückläufige Entwicklung zeigt sich ebenfalls mit Blick auf die Anmeldung von Kurzarbeit: Hier ist ein Rückgang von 19 % bei Pandemiebeginn auf zuletzt 3 % zu verzeichnen. Für die Überbrückungshilfe gingen die meisten Anträge im ersten Halbjahr 2021 (9,4 %) ein, im Jahr 2022 wurde sie nur noch von 2 % der befragten Unternehmen angefordert.

Eine noch detailliertere Aufschlüsselung der beantragten Hilfsmaßnahmen im Zeitverlauf liefert **Abbildung 4**. Die Darstellung zeigt, welchen Anteil die jeweiligen Hilfsmaßnahmen an der Gesamtheit aller Hilfsanträge eines Halbjahrs haben. Es zeigt sich, dass bei Ausbruch der Pandemie 49 % der beantragten Begünstigungen die Soforthilfe Corona betrafen. Nachdem diese Maßnahme im ersten Halbjahr 2020 jedoch eingestellt wurde, hat die Überbrückungshilfe als Nachfolgeinstrument an Bedeutung gewonnen und seit 2021 kontinuierlich etwa ein Drittel der beantragten Hilfen ausgemacht.

Seit dem zweiten Halbjahr 2020 stellt die Kurzarbeit die am häufigsten nachgefragte Hilfsmaßnahme im Zuge der Pandemie dar: Zwischenzeitlich galt sogar mehr als jeder zweite Hilfsantrag der Anmeldung von Kurzarbeit (zuletzt 45 % der beantragten Hilfen).

## **Obwohl im Gastgewerbe besonders viele Unternehmen Staatshilfen erhalten haben, bewerten gerade Unternehmen dieser Branche die Maßnahmen als unzureichend**

Ob Staatshilfen beansprucht wurden, variiert je nach Wirtschaftszweig stark. **Abbildung 5** zeigt, dass gerade Unternehmen des Gastgewerbes, die von den Ladenschließungen im Zuge des Teil-Lockdowns im November und Dezember 2020 betroffen waren, fast vollständig Unterstützungsleistungen bezogen haben, die sie in der Ausgestaltung der November- und Dezemberhilfe für bis zu 75 % des Umsatzes im Vorjahreszeitraum kompensiert haben. Während im Handel, im Verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor noch mehr als die Hälfte der Unternehmen Staatshilfen beansprucht haben, gilt dies im Bereich der Information & Kommunikation lediglich für knapp 40 % der Befragten.

Dass ein hoher Anteil förderungsberechtigter Unternehmen in einem Wirtschaftszweig allerdings nicht zwangsläufig auch mit hoher Bedarfsdeckung einhergeht, zeigt sich im Gastgewerbe: Gerade hier ist der Anteil an Unternehmen, die die erhaltenen Staatshilfen als unzureichend bewerten, um über die Pandemie hinaus bestehen zu können, mit 46,2 % besonders hoch. Demgegenüber liegt der Bedarf an weiteren Unterstützungsleistungen vor allem bei Betrieben im Handel und im Dienstleistungssektor deutlich unter dem Gesamtdurchschnitt von 20 %.

## **Die Forderungen nach zusätzlichen Staatshilfen sind in den Corona-Krisenbranchen zuletzt wieder gestiegen**

Der Bedarf nach weiteren Hilfsleistungen liegt also vor allem in denjenigen Branchen, die im Zuge von Lockdowns durch Geschäftsschließungen beeinträchtigt waren, deutlich über dem Durchschnitt. **Abbildung 6** stellt diese Beobachtung in zeitlichen Zusammenhang und verdeutlicht, dass auch noch im aktuellen Jahr ein höherer und wieder steigender Bedarf an finanzieller Hilfe bei Unternehmen dieser Corona-Krisenbranchen besteht (im Gegensatz zu den anderen Branchen).

Während im Durchschnitt der Bedarf an Staatshilfen seit Jahresbeginn gesunken ist und zuletzt nur noch bei 10 % liegt, gilt dies nicht in denjenigen Branchen, die schon in der Corona-Pandemie besonders stark belastet waren. 44 % dieser Unternehmen geben an, weitere Hilfe zu benötigen. Offensichtlich reichen die eigenen Reserven nicht mehr, um die zusätzlichen Folgen gestiegener Energiepreise und des allgemeinen Kostendrucks tragen zu können.

## Unternehmen, denen die Staatshilfen nicht ausreichen, kürzen Investitionen und kritisieren Politik

Was bedeutet es allerdings konkret für betriebliche Entscheidungen und politische Zufriedenheit, wenn Staatshilfen als nicht ausreichend empfunden werden? **Tabelle 1** zeigt auf, dass Unternehmen, welche die Notwendigkeit zusätzlicher Staatshilfen bekunden, im Vergleich zu Unternehmen mit ausreichender Unterstützung und solchen, die gar keine Hilfe in Anspruch genommen haben, eher planen, Investitionen in Forschung und Entwicklung zu kürzen sowie Fixkosten zu reduzieren. Durch eine Drosselung von Investitionen und den Abbau von Arbeitsplätzen treffen Unternehmen also vermehrt Entscheidungen zugunsten der unmittelbaren Liquiditätssicherung, aber zu Lasten ihrer Zukunft. Wenn staatliche Hilfsprogramme folglich nicht zielgenau ausgestaltet sind, hat dies reale betriebswirtschaftliche Konsequenzen. Dies gilt gleichermaßen für Überlegungen zu möglichen weiteren Hilfsprogrammen im Zuge der Energiekrise und den finanziellen Belastungen deutscher Unternehmen durch den Russland-Ukraine-Krieg.

Ob das System von Corona-Unterstützungsleistungen als ausreichend empfunden wird, beeinflusst zudem die Bewertung der Wirtschaftspolitik und des Krisenmanagements: Unternehmen, die weiterer Hilfen bedürfen, sind mit der Wirtschafts- und Corona-Politik deutlich unzufriedener als Unternehmen, die keine weitere Hilfe benötigen. Demgegenüber kann eine bedarfsgerechte Gestaltung der Hilfsprogramme sogar zu gesteigerter Zufriedenheit führen: Unternehmen, welche Staatshilfe erhalten haben und diese für ausreichend halten, bewerten die Wirtschafts- und Corona-Politik sogar positiver als solche, die gar keine Hilfe benötigt haben.

„Liquidität ist ein Schlüssel in unserem Geschäft. (...) Dass die Banken sich (...) gegen innovative Unternehmen stellen, spricht nicht unbedingt für aktive Wirtschaftsförderung.“

*Unternehmen mit Jahresumsatz von 1,55 Mio. €*

„Zu viele Vorschriften, Auflagen und Bürokratie. Kredite sind für Kleinunternehmen wie meins nicht zu bekommen.“

*Großhändler mit Jahresumsatz von 500 Tsd. €*

## Unternehmenstrends im August



Die betriebswirtschaftlichen Kennzahlen sind im Juli erneut signifikant gefallen: Im Vergleich zum Vormonat sinkt die Gewinnveränderungsrate im Juli um **-4,78 Prozentpunkte**. Sie liegt damit deutlich im negativen Bereich und erreicht einen Jahrestiefstand. Obwohl die Umsatzerwartung ebenfalls stark zurückgeht, liegt diese weiterhin im positiven Bereich. Die hohe Differenz zwischen Gewinn- und Umsatzerwartung verdeutlicht den anhaltenden Kostendruck am Markt.

Trotz dieses Einbruchs der betriebswirtschaftlichen Indikatoren sinkt im Juli das Risiko für Unternehmensaufgaben um **-0,77 Prozentpunkte**. Gleichzeitig erholt sich die Bewertung der Wirtschaftspolitik von ihrem Aufzeichnungstiefstand im Juni und steigt im Folgemonat um **+0,61 Punkte**.



Weitere Kennzahlen finden Sie hier:

- [1. Erwartete Umsatz-, Gewinn- und Investitionsveränderungen](#)
- [2. Unternehmerische Entscheidungen](#)
- [3. Erwartete Ausfallwahrscheinlichkeit in der Branche](#)
- [4. Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik](#)

Das German Business Panel ist ein langfristiges Befragungspanel des DFG-geförderten überregionalen Projektes „Accounting for Transparency“.

Wir erheben systematisch und repräsentativ, wie Unternehmen unterschiedlicher Größenordnung Fragen der Unternehmenstransparenz einschätzen. Erhoben wird auch, wie sich die zunehmende Bereitstellung von Informationen sowie die zunehmende Regulierung in den Bereichen Rechnungswesen und Besteuerung auf Entscheidungen in Unternehmen und die Öffentlichkeit auswirken. Als umfassendes, langfristig angelegtes Befragungspanel liefern wir Daten in einer bisher nicht dagewesenen Qualität für die Forschung zu Unternehmenstransparenz und tragen dazu bei, Regulierung und Wirtschaft zu verbessern. Das German Business Panel ist Teil des Sonderforschungsbereichs „TRR 266 Accounting for Transparency“.



SFB/Transregio 266

ACCOUNTING FOR  
TRANSPARENCY

German Business Panel

Gefördert durch



Deutsche  
Forschungsgemeinschaft